

Stellungnahme

Eingebracht von: Schäffer , Patrick

Eingebracht am: 18.09.2020

Hiermit erhebe ich berechtigten Einspruch betreffend Änderungen des Epidemie-Gesetzes. Die damit einhergehenden geplanten Maßnahmen widersprechen jeglichem demokratischen Grundgedanken und stehen in keiner Relation zu der Eindämmung von Covid-19. Die Zahlen der Bundesregierung stützen sich lediglich auf positive PCR-Tests, welche nach wie vor nicht als Beweismittel gelten dürfen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Anzahl der Testungen weiterhin rapide zunimmt und damit einhergehend auch die Anzahl der positiv Getesteten, und damit sind nicht Infizierte gemeint, wie so oft publiziert. Bei einer wissenschaftlichen Auswertung dieser Testergebnisse ist ein nicht besorgniserregender Anstieg der positiv Getesteten zu erkennen. Diese Fakten werden offensichtlich deswegen von der Bundesregierung nicht öffentlich gemacht, um ihre bürgerfeindlichen, im Detail betrachtet faschistoiden Maßnahmen, genannt Änderungen des Epidemie-Gesetzes, durchzusetzen.

Die Zeit, jemandem die Schuld in dieser Causa zu geben, ist vorbei, wobei es doch wünschenswert wäre, wenn die Herren Kurz, Anschöber, Kogler & Co. Zu Vernunft kommen würden und für und nicht gegen das zu regierende Volk handeln würden. Der Mensch hat durchaus das Recht auf seine Würde und Freiheit, dieses sollte ihm aufgrund einer Krankheit, die zuweilen ca. 800 Österreicher von 8,8 Mio dahingerafft hat, nicht verwehrt werden. Mit den vergangenen und geplanten Maßnahmen wird lediglich Hass, Zwiespalt und Angst gesät. Ich kann nur hoffen, dass dieses geplante Gesetz im Keim erstickt wird, als Zeichen FÜR die Menschheit.